

- Bereitschaft beider deutscher Staaten, an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen.

Während die Deutsche Demokratische Republik, in der der arbeitende Mensch im Mittelpunkt steht, alles unternimmt, um die friedliche Zukunft des Volkes zu sichern und das Leben schöner und angenehmer zu gestalten, ist es offensichtlich das Hauptanliegen der Bonner Regierung, die Revanchepolitik zu forcieren und die Profite der Rüstungsmonopole zu sichern.

Es liegt auf der Hand, daß die aggressiven Bestrebungen der Bonner Machthaber nicht nur Frieden und Sicherheit der Bevölkerung beider deutscher Staaten bedrohen und ihr weiteres Auseinanderleben bewirken, sondern vor allem den westdeutschen Werktätigen zum Schaden gereichen. Nach den jüngsten Beschlüssen der Bonner Regierung sollen den Bürgern Westdeutschlands in den nächsten vier Jahren zusätzliche Lasten in Höhe von 68 Milliarden Mark aufgebürdet werden, um die wachsenden Kosten des kalten Krieges, der Alleinvertretungsanmaßung gegen die Deutsche Demokratische Republik und der Rüstung zu finanzieren. Mit dem stufenweisen Sozialabbau geht der rigorose Abbau der Demokratie einher. Es ist deshalb nur im eigenen Interesse der Bevölkerung Westdeutschlands, wenn sie sich entschieden gegen die gefährlichen Pläne der westdeutschen Imperialisten und Militaristen wendet und konkrete Schritte zur Abrüstung und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit fordert.

#### Alleinvertretungsanmaßung brutale juristische Aggression

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet es als hohe Verpflichtung, ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten herbeizuführen. In Übereinstimmung mit der Neujahrsbotschaft des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und den Beschlüssen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde im Schreiben vom 10. Mai 1967 dem westdeutschen Bundeskanzler vorgeschlagen, direkte Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden